

- 18. Herr Manfred Haag
- 19. Herr Martin Kresse

• **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Stephan Kees
- 21. Frau Dr. Jana Pavlik

• **Linkspartei**

- 22. Herr Bernhard Pickert-Goldenbogen

• **Verwaltung**

- 23. Herr Horst Baum
- 24. Herr Dr. Michael Dörr
- 25. Herr Dr. Gerhard Fischer
- 26. Herr Gerd Gallus
- 27. Frau Wendeline Gilles
- 28. Herr Siegfried Henkel
- 29. Frau Dr. Beate Klapdor-Volmar
- 30. Herr Karsten Mankowsky
- 31. Herr Carsten Rumpelstin
- 32. Herr Stefan Stelten
- 33. Frau Claudia Wichmann
- 34. Frau Sabine Wrede

• **beratende Mitglieder**

- 35. Herr Karl Boland bis 16:15 Uhr
- 36. Herr Karl-Heinz Brandofsky
- 37. Herr Christoph Havers bis 17:19 Uhr
- 38. Herr Dr. Josef Merten
- 39. Herr Hans-Werner Reisdorf bis 16:58 Uhr

• **Gast/Gäste**

- 40. Herr Simon Hopf

• **Schriftführer/in**

- 41. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Punkt</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
--------------	---------------	--------------

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses sowie die anwesenden Gäste und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete der Ausschussvorsitzende Herrn Claus Michael Pollack als sachkundigen Bürger.

Beschluss:

2. Jahresbericht des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für die Jahre 2005 - 2007 Vorlage: 39/522/2008

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, Dr. Gerhard Fischer. Herr Dr. Fischer stellte den Jahresbericht 2005 – 2007 unter Bezugnahme auf die verteilten Tischvorlagen vor. Eine wesentliche Aufgabe des Amtes sei die Tierseuchenbekämpfung. Die bundesweit bekannt gewordenen Fälle von BSE, Vogelgrippe, Schweinepest und Blauzungenkrankheit hätten die Notwendigkeit von Kontrollen und präventiver Arbeit im Rhein-Kreis Neuss verdeutlicht. Im Bereich der Lebensmittelüberwachung nannte Dr. Fischer den sogenannten „Gammelfleischskandal“ als Beispiel für den Einsatzbereich seines Amtes. In diesem Zusammenhang sei die Verbesserung der personellen Ausstattung sehr wichtig gewesen, um den Arbeitsanfall zeitnah und effektiv erledigen zu können. Der Rhein-Kreis Neuss setze neben der verbesserten Kontrolldichte, die auch an der gestiegenen Zahl von Ordnungswidrigkeitenverfahren ablesbar sei, insbesondere auf die Prävention bei den Lebensmittelerzeugern. Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte Herrn Dr. Fischer für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte an, ob für die Mitarbeiter des Amtes Supervisionen zur Verfügung ständen, da beispielsweise eine Massentötung von Tieren auch eine psychische Belastung für die beteiligten Personen mit sich bringe. Dr. Fischer führte aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit derartigen Situationen erfahren und auf die Begleitumstände vorbereitet seien. Problematisch sei die psychische Belastung jedoch für die Betriebsinhaber. Für diese Menschen werde daher professionelle Hilfe bereitgestellt. An dem genannten Beispiel sei auch die Wichtigkeit der Prävention ablesbar, da bei angeordneten Massentötungen zumeist nur ein Bruchteil der Tiere mit einem Krankheitserreger infiziert sei.

Kreistagsmitglied Haas erklärte, die Landesregierung habe die Verdoppelung der Kontrolleurstellen angekündigt. Aus dem Bericht von Herrn Dr. Fischer sei jedoch erkennbar gewesen, dass im Rhein-Kreis Neuss lediglich eine neue Stelle eingerichtet worden sei. Dezernent Mankowsky führte hierzu aus, dass die vorhandenen Stellen nur um eine Stelle erweitert worden seien, jedoch die Anzahl der Mitarbeiter alleine nicht aus-

schlaggebend für qualitativ gute Kontrollen sei. So könne die Effektivität der Arbeit nach seiner Ansicht auch durch einen verbesserten Einsatz von EDV gesteigert werden.

Kreistagsmitglied Kresse kritisierte, dass die Landesregierung mehr versprochen als gehalten habe, was zu einem Vertrauensverlust bei der Bevölkerung führen könne. Was im Rhein-Kreis Neuss mit der vorhandenen Personaldecke geleistet werde, sei jedoch vorzeigbar. Dezernent Mankowsky fügte hinzu, dass die Kreisverwaltung an dieser Stelle keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Landes gehabt habe, jedoch zeige der vorliegende Jahresbericht, dass die Verbrauchersicherheit im Rhein-Kreis Neuss gewährleistet sei.

3. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II)

3.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/539/2008

Protokoll:

Dezernent Stelten führte aus, dass aufgrund der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der damit verbundenen Aufwendungen der Haushaltsansatz 2008 eingehalten werden könne. Die Zahl der Arbeitslosen sei im November 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 230 gesunken.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haas nach der Zahl der Personen, die trotz Erwerbstätigkeit im Leistungsbezug stünden teilte Frau Gilles mit, dass etwa 5.500 Personen im Leistungsbezug über ein Erwerbseinkommen verfügten, davon etwa 3.000 Personen mit einem Erwerbseinkommen unter 410,- €.

3.2. Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/516/2008

Protokoll:

Der Ausschuss nahm den aktuellen ARGE-Report zur Kenntnis.

4. SGB II - SGB XII Haushaltsentwicklung 2008 und Haushaltsplanungen 2009

Vorlage: 50/537/2008

Protokoll:

Dezernent Stelten verwies auf die enorme finanzielle Bedeutung der Aufwendungen nach dem SGB XII und die damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken im Rahmen der Haushaltsplanung. Die Veränderungen bei den Heizkosten und den Energiepreisen hätten in der Vergangenheit diese Problematik besonders verdeutlicht. Während bei einer optimistischen Schätzung die Aufwendungen im Bereich des SGB II im Jahr 2008 ca. 1 Mio. € unter dem Haushaltsansatz 2008 bleiben könnten, werde im Bereich des SGB XII die demographische Entwicklung auch durch die steigenden Belastungen des Kreishaushaltes deutlich. Dieser Effekt werde in der Zukunft durch den Umstand weiter verstärkt, dass ältere Menschen zunehmend mit einer geringeren Rente auskommen müssten.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos zu den Fallzahlen in der Krankenhilfe führte Dezernent Stelten aus, dass bei einem geringen Personenkreis keine Krankenversicherung bestehe, und die betroffenen Menschen mit einem hohen Risiko von Krankheitsbehandlungskosten belastet seien. Diese Fälle verblieben daher beim Träger der Sozialhilfe und würden trotz der geringen Fallzahlen vergleichsweise hohen Kosten verursachen.

Kreistagsmitglied Brand lobte die Transparenz des Berichtes und regte an, die Zahlen in dieser Form auch den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Sie bat des weiteren um eine Übersicht des Zuwachses an Integrationshelfern im Bereich der Eingliederungshilfe in den letzten Jahren sowie eine Aufstellung der Möglichkeiten von Schulbesuchen und Teilhabe. Dezernent Stelten sagte entsprechende Unterlagen für das Protokoll zu und erläuterte, dass die Haushaltsdaten und -prognosen vom Landrat als Information in die Bürgermeisterkonferenz eingespeist worden seien. Die Kommunen hätten ebenfalls eine gute Datengrundlage, da sie einen großen Teil der Aufgaben im Rahmen der Delegation selbst ausführten.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, der Bund sei aufgefordert ein Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Im Bereich der Kinderarmut werde deutlich, dass die Leistungen nicht bei den Kindern ankomme. In diesem Zusammenhang sei an das im Kreistag gegebene Versprechen zu erinnern, die Kinderarmut bekämpfen zu wollen. Kreistagsmitglied Thiel entgegnete, dem Kreis sei kein Vorwurf zu machen, da er lediglich die gesetzlichen Vorgaben umsetzen könne. Er bat um eine Erläuterung zu der in den Ausschussunterlagen angegebenen Einsparungen von 500.000,-€ durch die Kindergelderhöhung, da die Auswirkung der Einsparung in den gelieferten Daten nicht erkennbar sei. Dezernent Stelten erläuterte, dass der zunächst bei den Kosten der Unterkunft eintretende Einsparung von 500.000,-€ ein Mehraufwand durch Anrechnung von UVG-Leistungen und zivilrechtlichen Unterhaltsansprüchen entgegenstehe, so dass letztlich nur ein Einspareffekt von 230.000,-€ eintrete. Dies sei im Haushaltsansatz für das kommende Jahr berücksichtigt.

5. "rundum gesund!"- ein Konzept zur Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 53/505/2008

Protokoll:

Dezernent Mankowsky führte aus, dass die Thematik der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Rhein-Kreis Neuss schon lange Priorität genieße. Zahlreiche erfolgreiche und langfristig angelegte Projekte seien hierfür der Beleg. Wichtig sei es nun, gute Projekte mehr in die Breite zu bringen und nachhaltig aufzustellen. Bei Zustimmung für den heutigen Beschlussvorschlag würde das Projekt „rundum gesund“ in die Wunschliste für das kommende Haushaltsjahr aufgenommen. In diesem Zusammenhang wies Dezernent Mankowsky darauf hin, dass die stetige Förderung von Projekten des Rhein-Kreises Neuss durch die Krankenkassen auf die erwiesene, gute Qualität der hier durchgeführten Maßnahmen zurückzuführen sei.

Vom Kreisgesundheitsamt stellte Frau Dr. Klapdor-Volmar das Projekt „rundum gesund“ nochmals anschaulich dar.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte anschließend Frau Dr. Klapdor-Volmar für ihr stetiges Engagement.

Kreistagsmitglied Thiel dankte für den Vortrag und erklärte, dass bereits anhand der dargelegten Zahlen die Sinnhaftigkeit des Projektes erkennbar sei. Die notwendigen Haushaltsmittel seien gut angelegt, da durch den Einsatz hohe, ansonsten möglicherweise entstehende Folgekosten abgewendet werden könnten. Er fragte an, ob beim Netzwerk „Fitnetz“ die Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen ausgebaut und in wieweit die Suchtprävention an Schulen verstärkt werden könne. Dr. Klapdor-Volmar erläuterte, dass die Verbesserung der Strukturen in vielen Kindertagesstätten ein wichtiges Ziel sei. Der Kreis beabsichtige daher, mehr Kindertagesstätten in das Netzwerk einzubeziehen und beim Aufbau der Strukturen zu unterstützen. Der Geschäftsführer der Gesundheitskonferenz, Carsten Rumpeltin, erläuterte weiter, dass die Suchtprävention in Schulen durch die Anschaffung eines Fahrzeuges verbessert werden könne. Der Caritasverband sei bereits auf der Suche nach einem geeigneten Fahrzeug, das als „Präventmobil“ ausgerüstet, die Schulen aufsuchen solle.

Für die CDU-Fraktion erklärte Kreistagsmitglied Widdekind, dass eine durchdachte Arbeit vorgestellt worden sei. Es wäre unverantwortlich, dieses gute Projekt durch Verweigerung der notwendigen Haushaltsmittel zu stoppen.

Kreistagsmitglied Kresse wies auf die hohe Effizienz des Projektes hin, da mit einem Minimum an Einsatz ein Maximum an Erfolg erreicht werde. Dies würde in erster Linie dadurch erreicht, dass in den beteiligten Einrichtungen viele Menschen eingebunden seien. Dezernent Mankowsky unterstrich diesen wichtigen Aspekt, da die Anleitung von Erziehern und Lehrern eine große Zahl von Multiplikatoren schaffe.

SozGe/20081204/Ö5

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Finanzierungsplan für das Projekt „rundum gesund“ zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den zur Durchführung benötigten Eigenanteil in Höhe von 133.500 Euro in die sogenannte Wunschliste aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Hospizbewegung Vorlage: 50/528/2008

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose verließ terminlich bedingt die Sitzung und übergab den Vorsitz an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Kresse. Ausschussvorsitzender Kresse begrüßte zum Tagesordnungspunkt 6 Frau Pastorin Monika Ruge von der JONA-Hospizbewegung für die Region Grevenbroich e.V. und bat um einen kurzen Bericht über die dort geleistete Arbeit bei der Trauerbegleitung. Pastorin Ruge führte aus, dass neben der Sterbebegleitung die Aufarbeitung der Trauer eine größere Bedeutung erhalte. So könne die Trauerbegleitung in schwierigen Fällen über mehrere Jahre notwendig sein, insbesondere nach Unfällen oder Suiziden, da hier für die Betroffenen schwerwiegende Traumata aufgearbeitet werden müssten. Die Entwicklung des Bedarfs haben in den vergangenen Jahren zugenommen, da viele Menschen keine persönlichen Ansprechpartner mehr hätten und weil das Vertrauen in die Arbeit des Hospizdienstes gewachsen sei. Angeboten würden unter anderem Trau-ergruppen, Trauercafés, Trauerfrühstücke und Einzelgespräche. Da auch auf Grundlage der demographischen Entwicklung in Zukunft mit einem weiter wachsenden Bedarf an Leistungen der Hospizbewegung zu rechnen sei, bat Pastorin Ruge den Ausschuss um Unterstützung.

Kreistagsmitglied Haas erklärte, die Leistung der Hospizarbeit sei beachtlich und fragte nach, ob auch eine Sterbebegleitung angeboten werde. Pastorin Ruge bejahte dies, der Vortrag habe sich auf die Trauerbegleitung beschränkt, da hierfür ein Kreiszuschuss erbeten werde.

Kreistagsmitglied Widdekind stellte fest, dass die beeindruckende Arbeit nur von charakterlich gefestigten Menschen geleistet werden könne und in der heutigen Zeit einen ungeheuer wichtigen Beitrag für die Gesellschaft darstelle. Auch die übrigen Fraktionen waren dieser Auffassung und begrüßten eine Diskussion über eine Anpassung der bisherigen Förderung in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2009.

7. Erhöhung der Personalkostenzuschüsse für die Verbände der freien Wohlfahrtspflege Vorlage: 50/520/2008

Protokoll:

Kreistagsmitglied Pickert-Goldenbogen fragte ob, die Deckung der Mehrkosten aus der in den Ausschussunterlagen dargelegten Haushaltsposition auch anderen Unterstützungsprojekten zugute kommen könne. Dezernent Stelten führte aus, dass dies grundsätzlich möglich sei, wenn eine Deckungsfähigkeit bestehe.

SozGe/20081204/Ö7

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt der Erhöhung der Personalkostenzuschüsse an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege um 3,1% statt bisher 1% der Personalkosten zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**8. Darstellung des Projektes Sturzprävention
Vorlage: 53/466/2008****Protokoll:**

Der Geschäftsführer der Gesundheitskonferenz, Carsten Rumpelting, stellte das Projekt Sturzprävention vor. An dem Projekt würden die Altenpflegeheime Haus Tabita (Korschenbroich), Seniorenhaus Korschenbroich (Korschenbroich), Seniorenwohnpark Meerbusch (Meerbusch), Vinzenz-Haus (Kaarst), Johanniter-Stift (Kaarst), St. Josefs Altenheim (Neuss), St. Hubertusstift (Neuss), Haus Nordpark (Neuss), Seniorenzentrum Haus Maria Frieden (Jüchen) und Caritashaus St. Josef (Dormagen) teilnehmen. Dezernent Mankowsky wies darauf hin, dass die seitens des Kreises als Zuschuss vorgesehenen Mittel über 5.000,- € bislang nicht im Haushaltsentwurf enthalten seien und über die Veränderungsliste eingebracht würden.

Kreistagsmitglied Widdekind sagte dem Vorhaben unter Bezug auf die Projektentwicklung in der Arbeitsgruppe der Gesundheitskonferenz Unterstützung zu.

**9. Errichtung von Seniorenfitnessplätzen
Vorlage: 50/513/2008****Protokoll:**

Dezernent Stelten führte aus, dass 3 Heime grundsätzlich bereit seien, eine Realisierung ohne Kreismittel weiter voran zu treiben. Bei den übrigen 5 Heimen, die in das Projekt mit einbezogen worden seien, sei ein solches Signal nicht zu erwarten. Er regte an in den Fraktionen darüber zu beraten, ob die Entwicklung von Seniorenfitnessplätzen im Haushalt 2009 berücksichtigt werden solle.

Kreistagsmitglied Servos bat um Mitteilung, wann die Anfragen an die in den Beratungsunterlagen genannten, möglichen Zuschussgeber gestellt worden seien. Kreistagsmitglied Thiel ergänzte, dass die Verwaltung ein kurzes Konzept zur Beratung in den Fraktionen zur Verfügung stellen möge. Dezernent Stelten sagte dies zu.

**10. Einrichtung eines psychiatrischen Krisendienstes im Rhein-Kreis
Neuss
Vorlage: 53/467/2008****Protokoll:**

Dezernent Mankowsky erläuterte, dass die psychiatrische Versorgung in Krisenfällen an Wochenenden und Feiertagen nicht ideal sei. Das mit den Ausschussunterlagen vorge-

legte Konzept sei ein erster Schritt, um eine Verbesserung zu erreichen, jedoch müsse das Konzept noch weiter ausreifen. Dezernent Mankowsky bat den Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen, dass die Thematik in Bearbeitung sei und zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgerufen werde.

SozGe/20081204/Ö10

Beschluss:

Die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses nehmen den Konzeptentwurf zur Einrichtung eines psychiatrischen Krisendienstes zustimmend zur Kenntnis und beauftragen die Verwaltung, an der weiteren Ausgestaltung des Konzeptes zu arbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Pflegeweiterentwicklungsgesetz Vorlage: 50/514/2008

Protokoll:

Der Ausschuss nahm die Mitteilung ohne Beratung zur Kenntnis.

11.2. Wohn- und Teilhabegesetz NRW Vorlage: 50/530/2008

Protokoll:

Der Ausschuss nahm die Mitteilung ohne Beratung zur Kenntnis.

11.3. Ausschreibungsergebnis Behindertenfahrdienst Vorlage: 50/531/2008

Protokoll:

Der Ausschuss nahm die Mitteilung ohne Beratung zur Kenntnis.

11.4. Kommission Silberner Plan - Protokoll der Sitzung vom 13.11.2008
Vorlage: 50/535/2008**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung ohne Beratung zur Kenntnis.

11.5. Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle (IFF) am Zentrum für Neuropädiatrie bei den Städtischen Kliniken Neuss (Lukas-krankenhaus)**Vorlage: 50/511/2008****Protokoll:**

Dezernent Stelten führte aus, dass das Lukaskrankenhaus einen entsprechenden Antrag bei der zuständigen Krankenkasse gestellt habe. Die auf den Rhein-Kreis Neuss als Sozialhilfeträger zukommende Mehrbelastung sei keine freiwillige Leistung. Ausschussmitglied van der Kemp fragte nach, worin der Unterschied des Angebotes der Interdisziplinären Frühförderstelle (IFF) zum Angebot der Einrichtung Am Kivitbusch zu sehen sei. Dezernent Stelten erklärte, dass ein wesentlicher Unterschied im Alter der zu untersuchenden Kinder liege, da bei der IFF Kinder nur bis sechs Jahre behandelt werden könnten, während Am Kivitbusch ältere Kinder und junge Erwachsene therapiert worden seien. Die inhaltlichen Unterschiede könnten aufgrund der Fachtiefe nicht in Kürze dargelegt werden. Bei Interesse sollte der Ausschuss darüber nachdenken, in der IFF einen Ortstermin durchzuführen.

11.6. "Bis(s) ins hohe Alter" mit Gesundheitspreis NRW ausgezeichnet
Vorlage: 53/518/2008**Protokoll:**

Der Ausschuss nahm die Mitteilung ohne Beratung zur Kenntnis.

**11.7. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2007 zum Thema "Einführung eines Sozialtickets für Sozialhilfe- und ALG II-Empfängerinnen und -Empfänger"
Vorlage: 50/578/2008**

Protokoll:

Ausschussmitglied Pickert-Goldenbogen erklärte, dass in vielen Kommunen über ein Sozialticket nachgedacht werde. Er bat die Verwaltung darum, entsprechende Erkundigungen einzuziehen und dem Protokoll beizufügen. Dezernent Stelten lehnte dies ab, da nach dem Kenntnisstand der Verwaltung die andernorts angestellten Überlegungen und Modelversuche wieder eingestellt würden. Der Ausschuss folgte mehrheitlich der Ansicht der Verwaltung, dass die Zuständigkeit für die Thematik auf Landesebene liege.

12. Anfragen

**12.1. Armen Haushalten Energiesparen ermöglichen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2008)
Vorlage: 50/529/2008**

Protokoll:

Ausschussmitglied Haag kritisierte die der Einladung beigefügte Antwort der Verwaltung, da es im Rhein-Kreis Neuss keine Verbraucherzentralen gebe und neben den gesetzlich verpflichtenden Leistungen auch eine freiwillige Leistung in Betracht gezogen werden könne.

Kreistagsmitglied Brand entgegnete, dass in ausreichender Anzahl Beratungsmöglichkeiten für Interessierte vorhanden seien, sich die Menschen aber auch aus eigenem Antrieb auf den Weg machen müssten. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung müsse schon in den Kindergärten und Schulen begonnen werden. Für die Fraktion der CDU erklärte Kreistagsmitglied Brand, dass der Antrag abgelehnt werde.

Kreistagsmitglied Thiel erklärte, dass eine erneute Diskussion in den Fraktionen geführt werden solle, nachdem eine genauere Quantifizierung des Antrages erfolgen würde.

Die Frage nach den Beratungsmöglichkeiten sei aus Sicht von Kreistagsmitglied Pickert-Goldenbogen nicht der entscheidende Punkt. Wenn ein Kühlschrank zu viel Strom verbrauche, werde ein effizienterer Kühlschrank benötigt, jedoch keine Beratung.

Kreistagsmitglied Dr. Pavlik lehnte den Antrag ab, da die Eigenverantwortung der Menschen und die Subsidiarität einer derartigen Leistung der öffentlichen Hand voringen.

Ausschussmitglied Haag zog den Antrag für die laufende Sitzung zurück und erklärte, den Punkt in die Haushaltsberatungen einfließen lassen zu wollen.

12.2. Stellungnahme des Gesundheitsamtes zur Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 29. Oktober 2008: Präventionskonzepte des Gesundheitsamtes bei AIDS-Erkrankten und HIV-Infizierten Vorlage: 53/519/2008

Protokoll:

Ausschussmitglied Haag dankte der Verwaltung für die Erläuterungen. Die Arbeit nur einer Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes in der HIV/AIDS-Aufklärung sei eine offene Flanke bei der Beratung, da der Mitarbeiterin die Arbeit in bestimmten Szenen und mit bestimmten Personenkreisen nicht zuzumuten sei. Es sei hier jedoch eine langfristige Arbeit notwendig, so dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bedarf für die Einrichtung einer männlich besetzten Stelle in die Haushaltsberatungen einbringen wolle. Ausschussmitglied Haag kritisierte, dass das Kreisgesundheitsamt die Unterschiede bei den Begrifflichkeiten der Supervision und der Fachberatung nicht kenne. Dr. Dörr erklärte, dass die Fallzahlen im Rhein-Kreis Neuss, Düsseldorf und Mönchengladbach weiter rückläufig seien. Eine Supervision könne von der eingesetzten Mitarbeiterin jederzeit in Anspruch genommen werden, wobei die regelmäßigen Treffen mit anderen AIDS Beratern inhaltlich durch den kollegialen Austausch einer Supervision nahezu gleichkämen.

12.3. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2007 zum Thema "Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente: Weiterentwicklung der ARGEn" Vorlage: 50/579/2008

Protokoll:

Der Ausschuss nahm die als Tischvorlage verteilte Information der Verwaltung ohne Beratung zur Kenntnis.

12.4. Anfrage der SPD-Fraktion zur Versorgungsverwaltung

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos fragte aufgrund ihr zugegangener Hinweise größerer Firmen an, ob die Anträge der Versorgungsverwaltung im Internet abrufbar seien. Des Weiteren sollten die Antragsformulare den Schwerbehindertenvertretungen zur Verfügung gestellt werden. Dezernent Stelten sagte eine nochmalige Information der Firmen über die im Internet verfügbaren Antragsformulare zu. Ausschussmitglied Dr. Merten erklärte, dass die bisherigen Erfahrungen seines Verbandes mit der Versorgungsverwaltung beim Rhein-Kreis Neuss sehr positiv seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Dr. Hans-Ulrich Klose
Martin Kresse um Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitzende/r

Martin Kresse Marcus Mertens
Schriftführer/in